

2006, Ausgabe Nr. 10

12.08.2006

Greenplease Newsletter



Zum 50. Mal



„Wer keine Ahnung hat, der hat auch keine Meinung!“, hat Joschka Fischer einmal

treffend festgestellt. Seit drei Jahren möchten wir interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu einer Meinungsbildung verhelfen und informieren über aktuelle Themen, die unsere Stadt bewegen. Zum 50. Mal gibt unser Greenplease-Newsletter Aufschluss über unsere politische Arbeit vor Ort. Und schon in der ersten pdf-Ausgabe im August 2003 beschäftigte uns genau wie in der 50sten der geplante Bau der A52. Wir hoffen, wir konnten bisher und können auch in Zukunft mit unseren Informationen Ihr Interesse an den Entscheidungen in unserer Stadt wecken.

Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher

Tunnelforderung bleibt bestehen!

[09.08.06] Auf ganzer Linie bestätigt sehen sich die Gladbecker GRÜNEN durch die gestern vorgestellte Umweltverträglichkeitsprüfung zur geplanten A 52.

„Ein Ausbau der B 224 in Troglage mit vollständiger Deckelung im Innenstadtbereich ist für Mensch und Umwelt die beste Lösung: So kann man das Ergebnis der Untersuchung kurz und zutreffend zusammenfassen!“ berichtet Mario Herrmann, der für die Grünen am gestrigen Gespräch mit Minister Wittke und VertreterInnen von Straßen NRW teilgenommen hat.

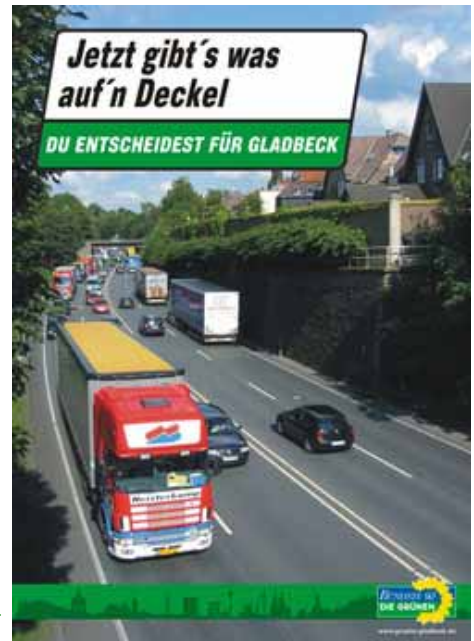
Die GRÜNEN erwarten von der jetzigen Landesregierung die gleiche Unterstützung bei ihren berechtigten Anliegen wie unter der früheren rot-grünen.

„Was Wittke uns heute andrehen wollte, ist ein fauler Kompromiss. Was jetzt gebaut wird, hat danach über viele Jahrzehnte Bestand. Da dürfen wir uns nicht mit einer Lösung zweiter Wahl abspesen lassen!“ so der grüne Fraktionsvorsitzende. Es gehe hier nicht um eine Straße irgendwo am Stadtrand, sondern um eine Autobahn, wenige Meter von Marktplatz, Fußgängerzone und Wohnbebauung entfernt. „Es kann nicht sein, dass bei einem Projekt dieser Größen-

ordnung vitale Interessen der Stadt Gladbeck bei einem milliardenschweren Verkehrsetat wegen 16 Millionen Euro Mehrkosten missachtet werden.“

Zwei weitere interessante Erkenntnisse liefert die Untersuchung. Zum einen, dass eine Beibehaltung des jetzigen Zustands die schlechteste aller Lösungen ist. Bei keiner der Ausbauvarianten wäre die Lärm und Schadstoffbelastung auch nur annähernd so hoch wie sie heute ist. Herrmann: „Das sollten sich diejenigen ins Stammbuch schreiben lassen, die gegen jegliche Veränderung des Status Quo sind und sich dabei auch noch als Umweltschützer fühlen!“

Außerdem ist der von der BIG seinerzeit ins Gespräch gebrachte Neubau durch die Heege von allen Planungsvarianten die für Mensch und Umwelt negativste. „Diese Untersuchung hätte man sich sparen können. Ein Autobahnneubau würde den regionalen Grünzug zerstören und durch



Weiterhin gilt: Ohne Tunnel keine A 52 !

die dann notwendige Verbreiterung der A2 in Butendorf und Brauck weit mehr Bürger beeinträchtigen als ein Ausbau auf der bestehenden Trasse,“ so der Grünen-Fraktionsvorsitzende.

Die Grünen erwarten, dass auch die anderen Fraktionen die bisherige Linie beibehalten, denn nur eine starke gemeinsame Stimme wird die bestmögliche Lösung für unsere Stadt erreichen können.

→ [Themenseite A52](#)

Barbara Holt: „Ein schwarzer Tag für den Tierschutz“

Am 7.08. trat die novellierte Legehennenverordnung in Kraft. Damit wird das Verbot der Käfighaltung, das die GRÜNEN ab 2007 erstritten hatten, wieder gekippt. „Dies ist ein schwarzer Tag für den Tierschutz“, meint Barbara Holt, engagierte Tier- und Verbraucherschützerin bei den Grünen.

Nach der Verordnung dürfen Hennen in Zukunft weiter in enge Käfige gesperrt werden, in denen das einzelne Tier kaum mehr als eine A4-Seite

Platz hat. Holt: „Mit artgerechter Tierhaltung hat das nichts zu tun.“ Tierschutz und Achtung vor dem Tier werden auf dem Altar des wirtschaftlichen Profits geopfert, obwohl der Kostenvorteil pro Ei gerade mal ein bis zwei Cent beträgt.

Mit der Wiedereinführung der Käfighaltung wird ein wichtiger Erfolg für den Tierschutz zunichte gemacht, den Grüne und Tierschützer erkämpft haben. Beschlossen wurde diese neue Tierquälerei von einer ganz großen Koalition beste-

hend aus Landesministern von Union, SPD, FDP und Linken. Das zeigt, wie wenig die Bekenntnisse dieser Parteien zum Verfassungsziel Tierschutz wert sind.

Das Bundesverfassungsgericht hat demgegenüber 1999 klare Vorgaben für die tierschutzgerechte Haltung von Legehennen gemacht. Die Hennen müssen ihre natürlichen und arttypischen Verhaltensweisen ausleben können. Dazu gehört zum Beispiel das Flügelschlagen und Aufbaumen. Diesen

Anforderungen werden die in der Legehennenverordnung zugelassenen Kleinvollieren-Käfige nicht gerecht.

Für Verbraucher gelte laut Barbara Holt einmal mehr: „Kein Ei mit der 3“. Die auf die Eier gedruckte Anfangsziffer 3 bedeutet, dass es sich um Eier aus der Käfighaltung handelt. Letztendlich könne sich zumindest der Kunde an der Laden-theke oder auf dem Wochenmarkt für Tierschutz einsetzen.

→ [Themenseite Käfighaltung](#)

Stadt produziert jährlich 3 kg Atommüll

GRÜNE durchleuchten städtische Energierechnung

Drei Kilogramm Atommüll produziert allein die Stadt Gladbeck jedes Jahr durch den Stromverbrauch in ihren Gebäuden. Das ergab eine Anfrage der Grünen an die Stadtverwaltung.

"Zu 89 Prozent stammt der von der Stadt eingekaufte Strom aus endlichen Energieträgern", sehen die Grünen ihre Erwartungen bestätigt. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz muss auf den Stromrechnungen neuerdings dargestellt werden, aus welchen Energieträgern und zu welchen Anteilen sich der gelieferte Strom zusammensetzt. 23 Prozent des Stroms beispielsweise in Schulen, Freibad und Bücherei wird aus Atomenergie produziert. Die Castortransporte, die regelmäßig über den Bahnhof West nach Ahaus rollen, beinhalten also auch Atommüll aus Gladbeck. Nur 11



Zu 23 Prozent stammt der für die Stadtverwaltung gelieferte Strom aus Atomenergie

Prozent bezieht die Stadt aus erneuerbaren Energieträgern wie Wind, Wasser, Biomasse und Sonne. 66 Prozent stammen aus fossilen Energieträgern wie Kohle. Die Stadt trägt dadurch mit einem jährlichen CO₂-Ausstoß von 3.600 Ton-

nen an der Erderwärmung bei. "Wollte die Stadt ihrer Eigenverpflichtung innerhalb des Klimabündnisses gerecht werden, müsste sie den Anteil regenerativer Energien weiter erhöhen", so die Grünen. Bei der Ausschreibung des Strom-

lieferungsvertrages 2005 hatte die Verwaltung sich hierzu bereits Alternativangebote eingeholt. Soll ein Viertel des bezogenen Stroms aus "Erneuerbaren" stammen, würden sich demnach die städtischen Energiekosten um ca. 15.500 Euro erhöhen.

Die Grünen halten es für notwendig, dass die Stadt sich Ziele in der Energiebewirtschaftung setzt. "Ganze Landkreise in Bayern haben beschlossen, sich bis zum Jahr 2030 komplett über erneuerbare Energien selbst zu versorgen", gibt Grünessprecher Bernd Lehmann ein Beispiel. Auch Städte wie Aachen, Leipzig oder Schwäbisch Hall setzen offensiv auf Erneuerbare.

→ [unsere Anfrage](#)

→ [Antwort des Bürgermeisters](#)

Beinahe-GAU zeigt Alternativlosigkeit zum Atomausstieg

[Berlin, 04.08.06] "Der schwere Atomunfall im schwedischen AKW Forsmark I macht schlaglichtartig die fortdauernde Gefahr dieser Technologie deutlich", so der GRÜNE Bundesvorsitzende Reinhard Bütikofer.



Nur knapp sei Europa einer Atomkatastrophe entkommen, erklärte der energiepolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Hans-Josef Fell. Erst nach vehementen Aufforderungen, vor allem auch seitens der GRÜNEN, hat das Bundesumweltministerium umfassende Aufklärung des Störfalls angekündigt.

Nur dem couragierten Eingreifen des Personals ist es offenbar zu verdanken, dass am 25. Juli eine Kernschmelze im schwedischen Atomkraftwerk

Forsmark in letzter Minute abgewendet werden konnte. Nach einem kurzfristigen Black-Out ist Medienberichten zufolge im gesamten Atomkraftwerk der Strom ausgefallen, weder Kühlsystem noch Kontrollsysteme oder Notstromaggregate funktionierten. Ohne das manuelle Anschalten verbliebener Notstromaggregate, wäre eine Kernschmelze und damit unweigerlich ein GAU in dem Atomkraftwerk eingetreten.

Erinnerung an Harrisburg und Tschernobyl

"Dieser Vorfall ruft Erinnerungen an die Schrecken von Harrisburg und Tschernobyl wach", mahnte Bütikofer. Verwundert zeigte sich Fell darüber, dass die deutsche Öffentlichkeit nicht offiziell über das Bundesumweltministerium (BMU) aufgeklärt wurde, sondern erst aus den Medien über die Beinahe-Katastrophe erfuhr: "Gibt es bei solch gravierenden Stör-

fällen Probleme im innereuropäischen Informationsaustausch der Aufsichtsbehörden oder hat das BMU diesen ernstesten Störfall einfach verschwiegen?" Das Bundesumweltministerium reagierte erst am Freitag. Das Ministerium ermittle "den genauen Sachverhalt im Atomkraftwerk Forsmark" und werde "so schnell wie möglich klären, ob die zugrunde liegenden sicherheitstechnischen Mängel auch in deutschen Atomkraftwerken vorliegen könnten", teilte eine Sprecherin in Berlin mit.

Aufklärung statt »lapidare Beruhigungsmeldungen«

Die stellvertretende Sprecherin der Bundestagsfraktion, Bärbel Höhn, kritisierte die späte Reaktion des von Sigmar Gabriel (SPD) geführten Ministeriums: "Im Rahmen von europäischen Abkommen der Gefahreninformation hätte das Mi-

nisterium eigentlich schon letzte Woche informiert und dementsprechend aktiv werden müssen." Die "lapidaren Beruhigungsmeldungen" der deutschen Betreiber seien wenig hilfreich. Der Energiekonzern Vattenfall ist Betreiber des schwedischen Störfall-Kraftwerks.



Höhn, Fell und Bütikofer betonten entschlossen die Alternativlosigkeit zum Atomausstieg. "Es gibt nur einen ansatzweise sicheren Umgang mit Atomkraft: schnellstmöglich abschalten", sagte der Bundesvorsitzende.

→ [Einschätzungen der BTF](#)

→ [O-Ton Bärbel Höhn \(mp3\)](#)

→ [Infos der Grünen Jugend](#)



Greenplease Newsletter Bündnis 90/DIE Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12

Fax: 0 20 43 / 2 17 76

E-Mail: info@gruene-gladbeck.de



Greenplease-Archiv

In unserem übersichtlichen Newsletter-Archiv können Sie durch alle Ausgaben seit August 2003 stöbern. Die pdf-Dokumente sind auf unseren Internetseiten abrufbar:

→ [zum Archiv](#)

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ anmelden:

gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ abmelden:

gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Neuigkeiten im Internet

Berliner Kinospot

Am 17. August wird in der Hauptstadt gewählt. Die Berliner GRÜNEN präsentieren Ihren Wahlkampfspot im Internet:



→ [zum Kinospot](#)

Terroralarm in Großbritannien



Die Bedrohung durch den islamistischen Terror besteht fort. Wäre es gelungen, die Flugzeu-

ge in die Luft zu sprengen, hätten wir fast auf den Tag fünf Jahre nach dem 11. September in Europa einen ähnlich schrecklichen Anschlag gegen friedliche Menschen miterleben müssen wie in den USA...

→ [ARD-Interview mit Fritz Kuhn](#)

krass, das Magazin der Grünen Jugend NRW

Die Juni-Ausgabe des Magazins kann als pdf-Dokument im Netz abgerufen werden. Ein Thema sind die Bürgerrechte.



→ [zur Inhaltsübersicht](#)

stop climate change - play your part

Die Klimaschutzkampagne der europäischen Grünen gibt 10 Tipps, wie man selber aktiv werden kann, um den Klimawandel zu stoppen. Von umweltgerechter Fortbewegung bis zum bewussten Einkaufen finden Sie alles in dem englischsprachigen Faltblatt:



→ [zur Kampagnenseite](#)